Le commentaire d'origine paru dans l'hebdomadaire allemand «FOCUS»
(9 décembre 2017, p. 46-47)

Die europäische Staatsräson erzwingt eine Große Koalition

Die EU kann sich ein schwaches Deutschland schlicht nicht leisten. Das ist der entscheidende Grund für die Fortsetzung der schwarz-roten Regierung

Deutsch-französische Achse
Frankreichs Premier Emmanuel Macron drängt SPD-Chef Martin Schulz zu einer Großen Koalition

Von Klemens Joos

Was verbindet die Themen Grexit, Brexit und Neuwahlen in Deutschland? Sie waren oder sind in aller Munde, doch sie werden nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Begründung ist in allen drei Fällen dieselbe: Die komplexen negativen Folgewirkungen würden den zu erwartenden Nutzen übersteigen und wären darüber hinaus nicht beherrschbar. In solch komplexen Situationen ordnet sich die inhaltliche der prozessualen Logik unter.

Zentrales Gegenargument gegen Grexit, Brexit und Neuwahlen ist die Sicherung der Stabilität EU-Europas. Sie erzwingt seit dem Vertrag von Lissabon den Verzicht auf mitgliedsstaatliche Abenteuer, wie vor allem die hellenische Krise in beeindruckender Weise gezeigt hat.

Im Sommer 2015 stimmten die Griechen in einem Referendum mit großer Mehrheit gegen das Rettungsprogramm der sogenannten Troika. Sie folgten damit der Empfehlung der Regierung von Ministerpräsident Tsipras. Derselbe Tsipras verkündete unter dem Eindruck der Beratungen innerhalb der Euro-Gruppe nur wenige Tage später ein neues Rettungsprogramm, das nun aber doch weitgehend dem entsprach, was sein Volk gerade abgelehnt hatte.

Unternehmer mit Weitsicht

Der europäische Unternehmer und Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Klemens Joos (EUTOP/Brüssel), hat in der FOCUS-Ausgabe 46/2015 gegen den allgemeinen Trend, aber zu Recht bereits vorhergesagt, dass die Flüchtlingskrise die EU nicht zerstören, sondern stärken werde. Die Entwicklung dieses Jahres gab ihm Recht. Denn in Frankreich regiert nicht Le Pen, sondern der überzeugte Europäer Macron. Und auch in Den Haag kam nicht Wilders zum Zug. In diesem Gastbeitrag legt sich Klemens Joos fest: Es wird weder einen Brexit noch Neuwahlen in Deutschland geben. Denn die europäische Staatsräson verhindert Abenteuer der EU-Mitgliedstaaten.

Ausgerechnet der linke griechische Regierungschef Tsipras setzte sich damit über den Volkswillen hinweg. Umgekehrt nahmen die Gläubiger den Bruch zahlreicher Reformversprechen Athens hin. Beide Seiten standen unter dem beherrschenden Eindruck, dass ein anderes Handeln unabsehbare Gefahren für den Euro und die EU insgesamt haben würde. Mit anderen Worten: Interessen der EU wogen für sie schwerer als nationale Interessen der Mitgliedsstaaten.

Auf etwas andere Weise, aber nicht weniger eindrucksvoll erweist sich die Wirkungsmacht EU-Europas nach dem Brexit-Schock. Wie die meisten hatte ich eine Mehrheit für einen Austritt der Briten aus der EU für ausgeschlossen gehalten – zu offenkundig waren die desaströsen Risiken für Großbritannien, vor allem für das Finanzzentrum London.

Doch heute wissen wir, mit welchem Ausmaß an Fake News und systematischer Meinungsmanipulation in den sozialen Medien das knappe Ja zum Austritt erreicht wurde. In einem seit Jahren verhetzten Klima beim Thema EU fielen die zum Teil grotesk übertriebenen Behauptungen über die Nachteile des gemeinsamen Marktes und die Vorteile des Brexits bei vielen Briten auf fruchtbaren Boden.

Das Oxford Internet Institute schätzt, dass immerhin rund ein Drittel des Twitter-Aufkommens zum EU-Referendum von Bots generiert wurden, also von künstlichen Twitter-Accounts zur Manipulation von Meinungen und Stimmungen im Netz – ein beunruhigendes Indiz für die Gefahren, die in einer wenig informierten Öffentlichkeit von unserer schönen neuen Datenwelt ausgehen. Und in einem bis dato unbekannten Ausmaß haben Algorithmen und möglicherweise sogar fremde Geheimdienste den zurückliegenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA beeinflusst, ja möglicherweise entschieden.

Doch die EU ist unter dem Druck von Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Brexit und Trumps America-first-Politik nicht auseinandergebrochen. Ganz im Gegenteil wachsen ihr neue Kräfte zu, wie der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden oder Frankreich belegen. Man kann sogar von einer Renaissance des Europa-Gedankens sprechen, von einer Immunisierung gegen Neonationalismen.

Ich habe bereits im November 2015 im FOCUS die Prognose gewagt, dass die EU aus der Bewährungsprobe der Flüchtlingskrise gestärkt hervorgehen werde (FOCUS 46/2015). Und so kam es: Als Folge wurden der Grenzschutzagentur Frontex erweiterte Kompetenzen zugesprochen, die Vertiefung der EU wieder ein Stück vorangetrieben. Aus strukturellen und prozessualen Gründen ist nach meiner Überzeugung der Zusammenhalt EU-Europas spätestens mit dem Vertrag von Lissabon 2009 unauflöslich geworden. Seither sind die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich und politisch so eng verflochten, dass ein Austritt nur noch de jure, aber nicht mehr de facto möglich ist.

Ich habe mich bereits vor einem Jahr in einem Interview festgelegt, dass es nicht zu einem Brexit kommen wird. Denn am Ende (März 2019) wird in London niemand die Verantwortung für die immensen Schäden übernehmen wollen; davon bin ich heute mehr denn je überzeugt. Spätestens im Herbst nächsten Jahres werden die Briten vor der Entscheidung stehen: ausscheiden aus der EU ohne jede vertragliche Absicherung oder Exit vom Brexit. Dafür braucht formal nur der Antrag auf Austritt von London zurückgezogen werden. Die Wirtschaft wird schon im nächsten Frühjahr wissen wollen, wie sich der Brexit gestaltet. Das aber wird ihr die offenkundig überforderte Regierung in London nicht darlegen können, sodass mit einem Exodus von Unternehmen von der Insel zu rechnen ist. Für mich ist daher klar: Die Briten bleiben an Bord.

Ganz aktuell sind die Auswirkungen der weit fortgeschrittenen europäischen Integration auch in Deutschland zu erkennen. Unmittelbar vor dem Scheitern der Jamaika-Gespräche machte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier alle Parteien vorsorglich darauf aufmerksam, dass Neuwahlen als Ausweg aus der Regierungsbildungskrise mit ihm nicht zu machen sein werden. Als ehemaligem Kanzleramtschef und Außenminister ist ihm völlig bewusst, dass sich für die Europäische Union ein lähmender Wahlkampf in Deutschland im ersten Halbjahr 2018 verheerend auswirken würde.

Das ist nach meiner Überzeugung der entscheidende Grund dafür, dass es weder zu Neuwahlen noch zu einer Minderheitsregierung, sondern zur Fortsetzung der Großen Koalition kommen wird. Der SPD-Vorsitzende und überzeugte Europäer Martin Schulz machte jetzt öffentlich, wie groß der Druck aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten ist, in Berlin eine stabile Regierung zu bilden – allen voran Präsident Macron und Ministerpräsident Tsipras. Und der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn befand kurz und bündig, Deutschland könne sich eine „Regierungsinstabilität" nicht leisten. Denn: „Seine Rolle in der Welt und in Europa verbietet das." Eine starke deutsche Regierung sei unerlässlich für Europas Position in der Welt.

Vor 20 Jahren wäre ein solches Loblied auf ein starkes Deutschland aus Luxemburg nicht denkbar gewesen. Doch in den Hauptstädten unserer Nachbarländer ist die europäische Dimension der deutschen Innenpolitik inzwischen längst anerkannt. Denn im nächsten Jahr stehen wichtige Entscheidungen der EU an, für die es ein handlungsfähiges und berechenbares Deutschland braucht. Die Brexit-Verhandlungen habe ich schon erwähnt. Nicht minder bedeutend ist die anstehende Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Beispiel durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF). Weitreichende Ideen wie die Berufung eines EU-Finanzministers oder die Schaffung eines Budgets für die Euro-Zone liegen auf dem Tisch. Präsident Macron weiß, dass er dafür Berlin braucht. Aber er hat nicht ewig Zeit, wenn das proeuropäische Momentum, das seine Wahl ausgelöst hat, nicht verloren gehen soll.

Aus all dem folgt: Es gibt eine europäische Staatsräson, die zunehmend die der Mitgliedsstaaten überlagert und ablöst. Das ist die Folge aus dem Lissabon-Vertrag von 2009, mit dem die Mitgliedsstaaten einen großen Teil ihrer Souveränität den Institutionen der EU übertragen haben. Wir erleben seither das Entstehen der Vereinigten Staaten von Europa. Diese United States of Europe (USE) sind heute schon eine wirkungsmächtige Realität auch ohne Verfassung. Eine atemberaubende Entwicklung, wenn man bedenkt, wie lange die Schaffung der USA gedauert hat. ■

LA RAISON D'ÉTAT EUROPÉENNE EXIGE UNE GRANDE COALITION

Le simple fait que l'UE ne puisse s'accommoder d'une Allemagne affaiblie justifie le maintien du gouvernement CDU-SPD.

PREMIÈRE PUBLICATION DANS L'HEBDOMADAIRE ALLEMAND «FOCUS» (9 décembre 2017)

Quel est le point commun entre le Grexit, le Brexit et les élections anticipées en Allemagne? Ces sujets ont été sur toutes les lèvres, mais aucun d'entre eux n'aura lieu. La raison est la même pour les trois : leurs conséquences négatives complexes dépasseraient les avantages escomptés et seraient mêmes impossibles à gérer. Dans des situations aussi délicates, la logique de la forme prend le pas sur celle du fond.

L'argument clé à l'encontre du Grexit, du Brexit et des élections anticipées réside dans la nécessité de maintenir la stabilité au sein de l'Union européenne. Par son entrée en vigueur, le traité de Lisbonne a obligé ses États membres à éviter toute entreprise risquée, comme l'a montré la crise grecque de manière impressionnante.

À l'été 2015, une large majorité de la population hellénique a, lors d'un référendum, rejeté le plan d'aide de la «troïka», suivant ainsi les recommandations de M. Tsipras, premier ministre du gouvernement. Quelques jours plus tard seulement, face à la pression exercée par les consultations au sein de l'Eurogroupe, M. Tsipras a lui-même annoncé un nouveau programme de sauvetage qui coïncidait en grande partie avec celui que son peuple venait juste de rejeter.

Paradoxalement, c'est donc un premier ministre de gauche qui a choisi d'ignorer la volonté de la population. En retour, les créanciers ont accepté l'abandon de nombreuses promesses de réformes en Grèce. Les deux parties avaient

l'accablante impression que toute autre mesure aurait engendré des risques incalculables pour l'euro et pour l'UE dans son ensemble. En d'autres termes, les intérêts de l'UE primaient à leurs yeux sur ceux des États membres.

Aujourd'hui, nous faisons l'expérience, d'une manière légèrement différente, mais tout aussi impressionnante, de la capacité de l'UE à exercer son influence au lendemain du choc du Brexit. Comme beaucoup, je n'avais même pas envisagé la possibilité qu'une majorité d'Anglais puisse voter pour la sortie de l'UE: les risques me paraissaient bien trop graves pour le Royaume-Uni, en particulier pour la place financière londonienne.

Mais nous connaissons à présent le rôle qu'ont joué dans ce vote les mensonges et la manipulation systématique de l'opinion et de l'ambiance générale sur les réseaux sociaux. Dans un débat empreint d'aigreur depuis plusieurs années, les arguments d'une exagération parfois grotesque avancés au sujet des inconvénients du marché unique et des avantages du Brexit ont trouvé un sol fertile chez de nombreux Britanniques.

L'Oxford Internet Institute estime que pas moins d'un tiers des publications sur Twitter au sujet du référendum sur l'UE a été généré par des «bots», c'est-à-dire des comptes artificiels créés pour manipuler l'opinion et le sentiment sur la toile: un signe effarant des dangers de notre monde ultraconnecté, menaçant un public mal informé. De même, des algorithmes et, probablement, des services secrets étrangers ont influencé, pour ne pas dire déterminé, d'une manière jusqu'ici inédite les dernières campagnes électorales aux États-Unis.

Mais en dépit de la pression liée à la crise de l'euro, à la crise des réfugiés, au Brexit et aux premières mesures prises par l'administration Trump, l'UE ne s'est pas effondrée. Bien au contraire: elle se renforce, comme l'ont montré les résultats des élections aux Pays-Bas et en France. On assiste même, semblerait-il, à une renaissance de l'idée européenne, à une immunisation face aux mouvements néo-nationalistes.

En novembre 2015, je m'avançais en prédisant, dans le magazine FOCUS, que l'UE ressortirait plus forte encore de la période éprouvante de la crise des réfugiés (FOCUS 46/2015). Or, c'est exactement ce qui s'est produit: l'agence européenne des frontières Frontex a vu ses pouvoir accrus et l'approfondissement de l'UE a progressé. Je suis fermement convaincu que, pour des raisons structurelles et procédurales, la cohésion de l'Union européenne est devenue irréversible, et ce, au plus tard lors de la signature du traité de Lisbonne, en 2009. Depuis cette date, les États membres sont devenus si étroitement liés, tant aux niveaux économique que politique, qu'une sortie leur est désormais possible de jure, mais plus de facto.

Il y a un an déjà, j'annonçais lors d'une interview que le Brexit n'aurait pas lieu. Car à terme (en mars 2019), personne à Londres ne sera prêt à assumer la responsabilité des dommages incommensurables qu'une telle décision provoquerait. J'en suis plus sûr aujourd'hui que jamais. D'ici le prochain automne au plus tard, les Britanniques seront confrontés à un choix cornélien: quitter l'UE sans aucune garantie contractuelle, ou abandonner le Brexit. Il suffirait que Londres retire formellement sa demande de sortie de l'UE. Le secteur privé voudra connaître l'avancée du Brexit au printemps prochain maximum. Mais le gouvernement britannique, vraisemblablement submergé, ne sera pas en mesure de lui fournir de réponses claires, provoquant ainsi la fuite des entreprises. Cela me paraît évident: le Royaume-Uni restera membre de l'UE.

Les conséquences de la progression de l'intégration européenne en Allemagne sont aussi d'actualité. Juste avant l'échec des négociations de la «coalition Jamaïque», le président fédéral, Frank-Walter Steinmeier, a mis en garde tous les protagonistes en annonçant qu'il ne soutiendrait pas la tenue d'élections anticipées pour sortir de la crise liée

à la formation d'un gouvernement. Ancien directeur de la chancellerie fédérale et ministre des Affaires étrangères, il sait parfaitement qu'une campagne électorale prolongée en Allemagne aurait des conséquences désastreuses sur l'Union européenne au premier semestre 2018.

À mon sens, c'est sans nul doute pour cette raison qu'il n'y aura ni élections anticipées, ni gouvernement minoritaire, mais que la grande coalition perdurera. Martin Schulz, leader du parti SPD et Européen convaincu, vient d'admettre publiquement la pression qu'exercent les responsables d'autres États membres de l'UE, en particulier M. Macron et M. Tsipras, en vue de la formation d'un gouvernement stable à Berlin.

Le ministre luxembourgeois des Affaires étrangères, Jean Asselborn, a quant à lui résumé la situation en affirmant que l'Allemagne était le dernier pays à pouvoir se permettre d'avoir un «gouvernement instable»: «c'est tout simplement incompatible avec son rôle dans le monde et en Europe». Un gouvernement allemand fort est essentiel à la position de l'Europe sur l'échiquier mondial.

Il y a encore 20 ans, on n'aurait jamais pensé que le Luxembourg puisse un jour couvrir l'Allemagne de tant d'éloges. Mais dans les capitales de ses pays voisins, la dimension européenne des affaires intérieures allemandes est reconnue depuis longtemps. Et pour cause: il faudra prendre d'importances décisions au sein de l'UE l'an prochain, et une Allemagne forte et prévisible sera indispensable à leur mise en œuvre. J'ai déjà évoqué les négociations du Brexit. Le renforcement imminent de l'Union économique et monétaire via la création d'un Fonds monétaire européen (FME) est tout aussi important. Des projets ambitieux ont été évoqués, tels la désignation d'un ministre des Finances de l'UE, ou la création d'un budget pour la zone euro. M. Macron sait qu'il a besoin de Berlin pour que le projet aboutisse. Mais il ne peut attendre éternellement, au risque de voir disparaître l'élan pro-européen que son élection a déclenché.

Ainsi, on voit se profiler une raison d'État européenne qui prend peu à peu le pas sur les intérêts nationaux des États membres. Tel est le résultat du traité de Lisbonne de 2009, en vertu duquel les États membres ont transféré une large part de leur souveraineté aux institutions de l'UE. Depuis lors, nous avons assisté à l'émergence d'États-Unis d'Europe: même s'il ne possède pas de constitution, ce groupement est déjà une réalité puissante. Une évolution stupéfiante si l'on considère le temps qu'il aura fallu à la création des États-Unis d'Amérique.